

# Rundbrief Ecuador

Zusammenstellung und Bearbeitung von der Ecuador-Ko-Gruppe  
der deutschen Sektion von amnesty international  
Nürnberg / Ingolstadt, im März 2007



# Inhalt

|  |          |
|--|----------|
| Einführende Worte                                  | Seite 3  |
| Chronik der Ereignisse Juni 2006 – März 2007       | Seite 4  |
| Artikel zu den Präsidentschaftswahlen              | Seite 21 |
| Ist die Dollarisierung ein bloßes Währungsproblem? | Seite 34 |
| Ein Geschäft mit vielen Seiten                     | Seite 37 |
| Castros Erben                                      | Seite 39 |
| Hilferuf aus der Smaragd-Provinz                   | Seite 40 |
| Parlament geht in die Fußballferien                | Seite 44 |
| UA's zu Equador                                    | Seite 50 |
| Adressen   | Seite 56 |

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter  
Leser dieses Ecuador-Rundbriefes

# Chronik der Ereignisse vom Mai 2006 bis Februar 2007

## Mai 2006

### Vertrag mit Erdölkonzern OXY gekündigt

(Quito, 16. Mai 2006, alai-poonal).- Der ecuadorianische Minister für Bergbau und Energie Iván Rodríguez gab am 15. Mai einen schon seit langem erwarteten Beschluss bekannt: Die Beendigung des Vertrages mit dem multinationalen Unternehmen Occidental Petroleum Corporation (OXY). Die Firma arbeitet im Osten Ecuadors und fördert täglich mehr als 100.000 Barrel Erdöl. Das ist ein Drittel der Gesamtförderung der multinationalen Konzerne im Land. Begründet wird die Entscheidung mit der Nichterfüllung des Vertrages durch OXY nach Artikel 79 des Erdölgesetzes. Der Konzern hatte am 1. November 2000 vierzig Prozent der Rechte und Pflichten aus dem Vertrag ohne Genehmigung des Ministeriums für Energie auf die kanadische Firma ENCANA übertragen.

Der Beschluss der ecuadorianischen Regierung bedeutet die sofortige Rückgabe der vertraglich vereinbarten Fördergebiete an den Staat. Auch die Industrie- und Transportanlagen und andere Geräte für die Ölproduktion müssen ohne Entschädigung und in einem guten Zustand an das staatliche Unternehmen Petroecuador zurückgegeben werden. Die Entscheidung des Energieministeriums geht auf einen im August 2004 gegen OXY vorgelegten Antrag von Petroecuador und dem Bundesstaatsanwalt zurück.

Die Kündigung des OXY-Vertrags ist Teil des Kampfes zur Verteidigung und Rettung der natürlichen Ressourcen und insbesondere des Erdöls, der in ganz Lateinamerika stattfindet und auch in Ecuador an Kraft gewinnt. Die indigene Bewegung im Land, angeführt vom Dachverband CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador), Gewerkschaften, Indigenas aus der Amazonasregion, Studierende sowie Umweltschützer, Künstler und Bürger gingen in den letzten Monaten verstärkt auf die Strasse, um von der umstrittenen Regierung von Alfredo Palacio die Anwendung des Gesetzes gegen OXY zu fordern.

Humberto Cholango, Präsident von ECUARUNARI, der größten Mitgliedsorganisation der CONAIE, erklärte, dass die Maßnahme ein Sieg für die indigene und soziale Bewegung sei. Internationalen Konzernen, die gegen das Gesetz verstoßen, werde damit Einhalt geboten.

Der nächste Schritt sei der Kampf für die Verstaatlichung des Erdöls und die sofortige Rückgabe der gesamten Anlagen von OXY an das staatliche Unternehmen Petroecuador. Wenn dies nicht geschehe, werden man erneut auf die Strasse gehen, sagte Cholango.

Die Vertragsauflösung mit OXY wird die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Ecuador und den Vereinigten Staaten direkt beeinflussen. Die Gespräche hätten Mitte Mai wieder beginnen sollen. Zuvor hatten die US-Delegierten die Verhandlungen unterbrochen. Der Grund: Das ecuadorianische Parlament hatte ein Gesetz gebilligt, das ausländische Firmen verpflichtet, 50 Prozent ihrer Gewinne aus der Erdölförderung mit dem ecuadorianischen Staat zu teilen. Die ecuadorianische Unternehmenselite, die an der Seite von Washington steht, bedauert die Beendigung des Vertrages mit OXY, weil damit die Verhandlungen über das bilaterale Abkommen erschweren werden. Gleichzeitig freuen sich viele Menschen in Ecuador, die gegen das Freihandelsabkommen sind.

### Indígenas stellen Präsidentschaftskandidat auf

(Montevideo, 26. Mai 2006, comosur).- Die ecuadorianischen Indígenas werden Luis Macas als Kandidat für die kommenden Präsidentschaftswahlen aufstellen. Macas ist Sprecher der Konföderation indigener Nationalitäten CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador). Schon jetzt sucht der Indígenaverband zur Umsetzung des Vorhabens den Konsens mit verschiedenen sozialen und politischen Organisationen. Es ist das erste Mal seit 30 Jahren, dass die indigenen Organisationen beschließen, mit einem eigenen Kandidaten in den Wahlkampf zu gehen.

Macas gehört zur Ethnie der Saraguro, hat in Jura, Anthropologie und Sprachwissenschaften promoviert und ist einer der Gründer der CONAIE. Pachakutik, der politische Arm des Bündnisses, ernannte ihn mit großer Unterstützung der Delegierten der Provinzen zum Kandidaten.

Die Indígenas beschlossen mit einem Kandidaten aus den eigenen Reihen anzutreten, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Sie hatten Kandidaten unterstützt, von denen sie später hintergangen wurden. In dem Wahlprogramm, das zur Zeit erarbeitet wird, spielen die Nationalisierung des Öls und eine neue Verteilung von Land und Wasser eine Rolle. Hinzukommt die Realisierung einer konstituierenden Versammlung und der Anstoß zu einem fairen Handel.

## Juni 2006

### Besetzung einer Ölraffinerie gewaltsam aufgelöst

(Buenos Aires, 21. Juni 2006, púlsar).- Einwohner der Gemeinden 15. April, Payamino und Río Punino in der Region Orellana besetzten am Montag die Ölraffinerie Campo Coca-Payamino. Diese gehört der Firma Petrolera Perenco. Als die Polizei die Anlage räumte, wurden mindestens zwei Menschen verletzt und zehn festgenommen. Die Dorfbewohner fordern, dass eine Vereinbarung eingehalten wird, die im April unterschrieben worden war. Darin wird jenen Familien Entschädigungen versprochen, die durch die Pipeline, die Kühlwasser zum Bohrloch Punino 01 bringt, beeinträchtigt sind.

Wilman Jiménez und Alfonso Cango, Mitglieder des Menschenrechts-Komitees und des Netzwerks ?Ángel Shingre? in Orellana, wurden im Zuge der Zwangsräumung festgenommen. Bewohner der betroffenen Region versicherten, ein Hubschrauber der Brigade Selva Napo 19 habe die Soldaten hergefliegen, die die Räumung gemeinsam mit der ecuadorianischen Polizei durchgeführt hätten.

Diocles Zambrano, Bürgermeister der Gemeinde 15. April, berichtete, auf Frauen und Kinder sei keine Rücksicht genommen worden. Die Aktivisten Jiménez und Cango hätten die Besetzung gar nicht initiiert, dennoch seien sie von der Armee festgenommen worden. Miguel Fuertes, Kommandant der Brigade Selva Napo 19, erklärte, der Einsatz des Militärs in der Region sei rechtmäßig gewesen. Nach wie vor gilt das Notstandsgesetz in den Ölförder-Regionen. Deshalb darf auch das Militär eingreifen. Das Ziel ist, zu verhindern, dass die Bevölkerung sich der Anlagen bemächtigt und die Ölförderung lähmt

## Juli 2006

### Demonstration in der Provinz Orellana

(Fortaleza, 5. Juli 2006, adital-poonal). Die Bevölkerung der Provinz Orellana ging ein weiteres Mal zur Verteidigung der Grundrechte der Bevölkerung Amazoniens auf die Straße. Diese Woche fand eine Demonstration durch die Hauptstraßen von Francisco de Orellana statt. Aktueller Auslöser des erneuten Aufbegehrens war die willkürliche Festnahme des Menschenrechtlers Wilman Jiménez. Dieser war auf Anordnung der

Militärjustiz festgenommen und zuvor erniedrigt worden.

Nach Informationen des Zentrums Unabhängiger Medien nimmt die Bevölkerung an den Aktionen aktiv teil. Einige Straßen waren an mehreren Punkten unpassierbar und es wurden bereits weitere Blockaden in anderen Gemeinden der Provinz angekündigt. Nach Meinung der Aktivisten wird bald das ganze Gebiet von Orellana von den Konsequenzen der Aktionen betroffen sein.

Aus dem Gelände des Flughafens Francisco de Orellana in Coca heraus hat die 19. Brigade mit heftigen repressiven Maßnahmen gegen die Bewohnerinnen und Bewohner der Gegend begonnen. Nebelbomben und Gummigeschosse wurden direkt auf Demonstranten abgefeuert. In mehr als einem Fall löste dieser Einsatz bei den Anwohnern der Flughafengegend Erstickungsanfälle aus, obwohl sie sich innerhalb ihrer Häuser aufgehalten hatten.

Die Menschen sind nicht nur wegen der Festnahme von Jiménez empört. Sie sind zudem unzufrieden, weil die Nationalregierung die mit der Bürgerversammlung der beiden Provinzen Sucumbíos und Orellana vereinbarten Abmachungen vom August 2005 immer noch nicht erfüllt hat. „Die Nationalregierung muss sich darum bemühen, dass der Menschenrechtsverteidiger Wilman Jiménez sofort freigelassen wird.

Die durch die Verfassung garantierten Rechte müssen gegen deren Missbrauch seitens des Militärs verteidigt werden. Es ist notwendig, dass der irreguläre Ausnahmezustand aufgehoben wird, durch den erst die Grundlagen für solche illegalen Maßnahmen geschaffen werden“, erklärte die Präfektin von Orellana Guadalupe Llori.

## August 2006

### Kritik an Wasserversorgung in Guayaquil

(Fortaleza, 8. August 2006, adital-poonal).- Das Wasserunternehmen Interagua, das seit 2001 Konzessionsinhaber für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der ecuadorianischen Stadt Guayaquil ist, versorge die Bevölkerung der Stadt nicht ausreichend mit Wasser, gefährde aufgrund der schlechten Wasserqualität die Gesundheit der Menschen und habe einen Preisanstieg zu verantworten. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht, den die Organisation "Observatorio Ciudadano de Servicios Públicos", eine Art Verbraucherschutzverband für öffentliche Dienstleistungen in Guayaquil, veröffentlicht hat. Seit Übernahme der Konzession durch Interagua hätten sich die Wassergebühren vervierfacht. Über zwei Millionen Menschen verfügen dem Bericht zufolge nicht über trinkbares Wasser. Interagua ist der ecuadorianische Zweig von International Water Services, einem Tochterkonzern des Bau- und Wassermultis Bechtel.

Seit fünf Jahren warten viele Bewohner der zentralen und nördlichen Stadtviertel Guayaquils auf einen Zugang zu Trinkwasser oder anderweitig nutzbarem Wasser. Weiterhin heißt es in dem Bericht, auch dort, wo es Wasser gebe, habe es keine Trinkwasserqualität. Mehr als zwei Millionen Menschen könnten das Wasser nur nach Vorsichtsmaßnahmen wie etwa Abkochen genießen.

Außerdem wird in dem Bericht auf den Preisanstieg hingewiesen. Die Bürger Guayaquils zahlen heute viermal so viel wie im Jahr 2000. Die Aufsicht über die Aktivitäten des Konzessionsinhabers obliegt den kommunalen Wasserwerken von Guayaquil, Ecapag (Empresa Cantonal de Agua Potable y Alcantarillado de Guayaquil), die aber gegen die Preissteigerungen nicht eingeschritten seien. Ecapag habe "die ständigen Preiserhöhungen bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung genehmigt und unterstützt, um dem Unternehmen die Rentabilität zu garantieren."

Die Komplizenschaft zwischen Interagua und Ecapag ist schon häufig Gegenstand öffentlicher Kritik gewesen. Letztes Jahr hatte Ecapag Interagua in Schutz genommen,

nachdem es in der Bevölkerung 62 vermutlich durch das Wasser hervorgerufene Hepatitisfälle gegeben hat. Die Konzession für Interagua läuft 30 Jahre. Von den 55.238 neuen Wasseranschlüssen, die in den ersten fünf Jahren installiert werden sollten, hat das Unternehmen bisher nur 35.000 installiert.

#### Indígena-Bewegung stellt Präsidentschaftskandidaten vor

(Buenos Aires, 15. August 2006, púlsar).- Der politische Arm der nationalen Indígena-Konföderation Ecuadors CONAIE (Confederación Nacional Indígena del Ecuador) hat sich gestern (14. August) zum ersten Mal für die Präsidentschaftswahlen eingeschrieben. Als Spitzenkandidat tritt einer der historischen Führungspersonen der Organisation an: Luis Macas. Der Kandidat für die Vizepräsidentschaft der Indígena-Partei Pachakutik ist César Sacoto aus Guayaquil. Er ist Mitglied der Organisation Jubileo 2000, die sich mit der Problematik der Auslandsverschuldung beschäftigt.

"Wir sind vorbereitet, gegen die unetliche Politik der bisherigen Regierungen, das Freihandelsabkommen, die Erdölfirma Oxy (Occidental Petroleum) usw. zu kämpfen. Nun sind wir hier, um unsere Namen abzugeben und anzufangen, zu handeln", sagte Macas. Die CONAIE tritt mit folgenden politische Prinzipien an: "Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen, Wiederherstellung der Würde, Beseitigung von Korruption und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung." Humberto Cholango, ein Vertreter der in der CONAIE organisierten Völker der Kichwa-Nationalität übergab Macas eine Rute, "damit er die Oligarchie bestraft".

### September 2006

#### Indigene Bevölkerung wird verfolgt und ermordet

(Fortaleza, 14. September 2006, adital-poonal).- Indígenas der Ethnie Yachak (die ?Weisen?) aus den Gemeinden Kichwa und Andoa in der Provinz Pastaza werden verfolgt und ermordet. Dies beklagt die Regionale Stiftung zur Beratung in Sachen Menschenrechte (Fundación Regional de Asesoría en Derechos Humanos) in einem Schreiben an die Abteilung für Menschenrechte der indigenen Völker der Vereinten Nationen. Die Stiftung fordert unverzügliche Schutzmaßnahmen für die noch überlebenden Weisen, und die Untersuchung der Vorfälle. Ebenfalls müssten die verantwortlichen Militärs und Zivilisten bestraft werden. Diese systematische Verletzung der Menschenrechte müsse endlich beendet werden. Nach Angaben der Stiftung hat vor etwa zehn Jahren eine Serie von Morden an Yachaks in Pastaza begonnen. Unter den Opfern waren Simon Gualinga und Polivio Dahua in Sarayaku, Isidro Imundo und andere in Curaray und Venancio Gualinga in Santa Ana. Dies seien nur einige der Opfer gewesen. Die brutale Verfolgung der Yachak habe viele Indígenas aus der Provinz vertrieben. Sie seien in andere Landesteile geflohen. Andere hätten sich sogar entschlossen, Ecuador zu verlassen und sich von ihren Gemeinschaften zu lösen. Mit dem Mord an Otoniel Gualinga in Santo Tomás (Montalvo) im Jahr 2000 habe die Phase der systematischen Tötungen begonnen. Verantwortlich sei eine Gruppe von Uniformierten und Kichwa-Indígenas aus der Provinz Pastaza. Diese würden die Yachaks beschuldigen, Krankheiten zu übertragen und für Todesfälle in den indigenen Gemeinden verantwortlich zu sein. Im Mai 2004 wurde die gleiche Gruppe aus Militärs und Kichwas beschuldigt, während eines Festes in Puyo, der Hauptstadt von Pastaza, weitere Weise getötet zu haben. Die Serie von Morden ging 2006 mit dem Tod von Cervantes Cadena weiter. Dieser Mord rief Entsetzen hervor, da er besonders brutal war: Ihm wurden die Zunge und die Hoden abgeschnitten, während er noch lebte.

Nach dieser Serie von Ermordungen fordern wir sofortige Maßnahmen, damit die Morde an

den Yachak in Pastaza untersucht und bestraft werden. Es muss sichergestellt werden, dass diese Vorfälle sich nicht wiederholen. Die indigenen Gemeinschaften der Region dürfen ihre Identität, ihre Bräuche und Jahrtausende alten Traditionen nicht verlieren, betonte die Stiftung.

## Oktober 2006

### Umfragen sehen linke Kandidaten vorne

(Quito, 4. Oktober 2006, na-poonal).- Kurz vor der Präsidentschaftswahl am 15. Oktober scheint sich ein deutlicher Umschwung in den Umfragen zu vollziehen. In der Zeit vor dem formalen Ende der Bewerbungsfrist, dem 15. August, hatte noch alles darauf hingewiesen, dass mindestens einer bzw. eine der rechtsgerichteten KandidatInnen - entweder Cynthia Viteri von der christlich-sozialen Partei PSC (Partido Social Cristiano) oder der Magnat Álvaro Noboa von der Unabhängigen Erneuerungspartei der Nationalen Aktion PRIAN (Partido Renovador Institucional Acción Nacional) - zur Stichwahl antreten würde. Nun, wenige Tage vor den Wahlen, konzentriert sich das Interesse der Wähler und Wählerinnen vor allem auf den Mitte-Links-Kandidaten León Roldós und den linksgerichteten Wirtschaftsprofessor und ehemaligem Wirtschaftsminister Rafael Correa.

Correa von der linken Partei Alianza País wird als aussichtsreichster Kandidat gehandelt. Eine Umfrage des Instituts Cedatos vom 23. September verspricht ihm 26 Prozent der Stimmen. Damit hat er einen deutlichen Vorsprung vor Roldós vom Bündnis Demokratische Linke/Ethisches Netzwerk und Demokratie ID/RED (Izquierda Democrática y Red Ética y Democracia), der auf 18 Prozent der Stimmen kommt. Noboa und Viteri liegen mit elf bzw. zehn Prozent weit abgeschlagen.

Die weiteren Kandidaten und Kandidatinnen erreichen nicht mehr als drei Prozent, der Indígena-Führer Luis Macas gar nur ein Prozent der Stimmen. Macas meinte dazu: "Unser politisches Projekt ist nicht auf drei Monate angelegt. Es hat eine lange Geschichte und ist über viele Jahre mit Kampf und Bescheidenheit aufgebaut worden, nicht mit großen Worten und schon gar nicht mit Eitelkeit. Correas Zeit wird vergehen, wie bereits [Lucio] Gutiérrez' Zeit vergangen ist, so wie die Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten eben vergehen. Die indigene Bewegung jedoch bleibt."

Roldós sieht Macas als Vertreter von Interessen der Küstenstadt Guayaquil und mit Blick auf Correa warnt er vor dessen negativen Einfluss auf die Einigkeit der indigenen Bewegung. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass Correa es bereits mit seinen Verhandlungen im Vorfeld seiner Kandidatur geschafft habe, die indigene Bewegung Pachakutik (Movimiento Pluricultural Pachakutik), den politischen Arm des starken Dachverbands Indigener Nationen in Ecuador CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador), zu spalten. Damit sei auch Macas' eigene Kandidatur deutlich geschwächt worden. Im Juni hatten sich einige Mitglieder von Pachakutik, die sich nicht von Macas repräsentiert sehen, dazu entschieden, Correa zu unterstützen. Sie hatten diese Entscheidung u.a. gefällt, weil sich Macas während seiner Zeit als Landwirtschaftsminister unter Präsident Gutiérrez nie um die Belange der indigenen Bevölkerung gekümmert habe.

Beide Kandidaten der Linken stimmen in vielen Punkten überein. Beide fordern Investitionen in den Sozialstaat, die Umverteilung der Erdöleinnahmen, den Kampf gegen die Korruption und die Kontrolle über die Steuerausgaben. In der Frage der Beziehung zu den USA unterscheiden sich ihre Ansichten jedoch gewaltig. Correa, der einen Wirtschaftsdokortitel der Universität von Illinois hat, sprach sich eindeutig gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA aus. Die Verhandlungen dazu begannen zeitgleich mit jenen in Kolumbien und Peru. Aber während dort bereits ein entsprechender Vertrag unterschrieben wurde, stagnieren in Ecuador die Verhandlungen. Gegenüber der Tageszeitung El Comercio aus Quito sagte



Correas, es gebe kein Freihandelsabkommen, das sich positiv auf die Region auswirke, weil die USA auf der Basis eines festgelegten Schemas verhandeln.

Ende September verschärfte Correa noch einmal den Ton gegenüber den USA. Er unterstützte den venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez, der bei der UNO den US-Präsidenten George W. Bush als Teufel bezeichnete. Correa äußerte einem ecuadorianischen Fernsehsender gegenüber: Der Teufel ist zwar böse, jedoch auch schlau. Und Bush ist ein überaus ungeschickter Präsident, der seinem Land viel Schaden zugefügt hat.

Roldós vertritt eine weniger radikale Politik. Obwohl er beispielsweise ursprünglich erklärt hatte, das Abkommen über die US-Militärbasis in Manta aufzukündigen zu wollen, zeigte er sich jetzt kompromissbereit. Er knüpft das Weiterbestehen der US-Militärbasis an die Verlängerung der am 31. Dezember dieses Jahres auslaufenden Zollerleichterungen für ecuadorianische Exporte in die USA.

Ein weiterer strittiger Punkt zwischen beiden ist deren Haltung gegenüber den Auslandsschulden und den ausländischen Investitionen. Roldós verspricht, die Schulden weiter zurückzuzahlen und dem Kapital aus dem Ausland alle Türen zu öffnen. Correa hingegen schließt ein Moratorium bei der Schuldentrückzahlung nicht aus und möchte die Investitionen besser steuern. Guten Investoren werden die Türen immer offen stehen, jenen nämlich, die wirklich Handel treiben und unser Land nicht lediglich ausbeuten wollen, erklärte Correa bei einem Treffen mit US-amerikanischen Unternehmern am 14. September in New York.

### Präsidentenwahlen

(15.10.06) Zu den Präsidentenwahlen in Ecuador treten mehrere Kandidaten an. Keiner erringt die absolute Mehrheit. Der rechtskonservative Alvaro Noboa (55) erhält 26,8% der Stimmen. Sein linksnationalistischer Kontrahent Rafael Correa 22,8%. Gilmar Gutierrez, Bruder des vorletzten Präsidenten, erhält 16% der Stimmen. Bananenmagnat Noboa ist einer der reichsten Männer Ecuadors und stammt aus der alteingesessenen Oligarchie der Bananenmagnaten. Im Wahlkampf hatten Noboa und Correa immer wieder gegenseitig beleidigt und beschimpft. Noboa warnte vor der kommunistischen Gefahr, wenn er von Correa sprach. Correa, ein Freund von Hugo Chavez, sprach im Wahlkampf von einer "bürgerlichen Revolution, in der die neoliberale Nacht" zurückgelassen werden müsse. Er will den Schuldendienst reduzieren und das Geld in Sozialprogramme stecken. Eine Freihandelszone mit den USA lehnt er ab. Außerdem möchte er eine neue Verfassung, bei der die Macht des Präsidenten gestärkt wird..

### Stichwahl zwischen Noboa und Correa

(Lima, 18. Oktober 2006, na).- Nach einem von den vorangegangenen Umfragen nicht erwarteten Wahlausgang werden der Bananenkönig Álvaro Noboa von der rechten Institutionellen Erneuerungspartei Nationale Aktion (Partido Renovador Institucional Acción Nacional), und der ehemalige Wirtschaftsminister Rafael Correa von der linken Partei Alianza País am 26. November in einer Stichwahl um das Präsidentenamt erneut gegeneinander antreten.

Nach dem vorläufigen offiziellen Ergebnis der ersten Wahlrunde vom 15.10. setzte sich Noboa mit 26,7 Prozent der Stimmen durch, gefolgt von Correa mit 22,5 Prozent. Auf einem überraschenden dritten Platz landete Gilmar Gutiérrez Bruder des gestürzten Ex-Präsidenten Lucio Gutiérrez (2002-2005) mit 16,3 Prozent, gefolgt von dem Sozialdemokrat León Roldós vom Bündnis Demokratische Linke/Ethisches Netzwerk und Demokratie ID/RED (Izquierda Democrática y Red Ética y Democracia), der 15,5 Prozent erhielt.

Die Konservative Cynthia Viteri von der christlich-sozialen Partei landete mit 9,1 Prozent der Stimmen abgeschlagen auf Platz fünf. Die übrigen acht Parteien, die zur Wahl angetreten waren, erreichten weniger als drei Prozent. Das Ergebnis stellt eine absolute Überraschung dar, weil Correa laut Umfragen als Sieger galt und Roldós ein zweiter Platz prophezeit wurde,

während Noboa und Viteri jeweils auf ca. zehn Prozent der Wählergunst hoffen konnten. Ungefähr 9,2 Millionen Wahlberechtigte beteiligten sich am Urnengang, um den Präsidenten und den Vizepräsidenten für die Amtszeit 2007 -2011 zu wählen. Gleichzeitig wurden 100 Abgeordnete für das Einkammersystem des Kongresses, fünf Andenparlamentarier, 67 Provinzräte und 697 Gemeinderäte gewählt.

## November 2006

### Indigene legen französischen Erdölkonzern lahm

(Buenos Aires, 2. November 2006, púlsar).- Um die Asphaltierung einer Straße zu erzwingen, blockieren Bauern und Indigene aus der ecuadorianischen Amazonasregion die Arbeiten des französischen Erdölkonzerns Perenco. Zum Schutz der Förderanlagen abgestellte Militärs gingen gegen die Demonstranten vor und verletzten dabei fünf Personen.

Seit Mittwoch verhindern die Indígenas und die Bauern die Förderung des Rohöls. Die Bürgermeisterin Ana Rivas teilte mit, dass die Personen sich außerhalb der Ölquellen positionierten, um das Unternehmen zur Asphaltierung der Straße zu bewegen. Der Konzern weigerte sich jedoch mit der Erklärung, falls man die Forderung erfüllen würde, würden die anderen Gemeinden dann dasselbe verlangen.

Angesichts der Blockade stellte der Ölkonzern die Arbeiten ein und die Armee entsendete Truppen, um das Vordringen der Demonstranten auf die Bohrfelder zu verhindern. Das Militär versuchte die Maschinen anzuwerfen und die Leute reagierten darauf. So kam es zu Kämpfen, bei denen fünf Personen geschlagen oder durch Gummiwurfgeschosse verletzt wurden, fügte Rivas hinzu.

### Linksparteien unterstützen Correa

(Buenos Aires, 16. November 2006, púlsar).- Die ecuadorianischen Linksparteien haben die Unterstützung des Kandidaten der Alianza PAIS, Rafael Correa, bei den Stichwahlen um das Präsidentenamt am 26. November vereinbart.

Unterzeichnet wurde die Vereinbarung zur Abwahl der Oligarchie am 16. November von der Indígena-Bewegung Pachakutik, der Sozialistischen Partei (PS-FA), der maoistischen Partei Movimiento Popular Democrático (MPD) und der Gruppe Nuevo País (NP). In dem Dokument wurde auch die Unterstützung der von Correa geplanten verfassungsgebenden Versammlung vereinbart.

Die unterzeichnenden Gruppen gehen mit Correas Ablehnung eines Freihandelsvertrags mit den USA konform. Des weiteren wiederholten sie ihren Protest gegen die Beteiligung Ecuadors am Plan Colombia und die Präsenz von US-Truppen auf dem Militärflughafen von Manta. Die an der Pazifikküste Ecuadors gelegene Militärbasis war 1999 für zehn Jahre den USA für ihre Maßnahmen zur Drogenbekämpfung zur Verfügung gestellt worden.

Der Chef der MPD, Ciro Guzmán, kündigte an, dass die ecuadorianische Linke unabhängig vom Ausgang der Stichwahl geschlossen bleiben werde. Bei der Wahl tritt Correa gegen den Kandidaten der Partido Renovador Institucional Acción Nacional (PRIAN), Álvaro Noboa, an.

### Álvaro Noboa in Drogenschmuggel-Fall verwickelt

(Buenos Aires, 21. November 2006, púlsar).- Ein Abgeordneter des ecuadorianischen Parlaments zeigte an, dass im Jahr 1999 fast 60 Kilo Kokain auf einem Schiff des Unternehmens Corporación Noboa Gefunden wurden, ohne dass dieser Fund strafrechtliche Konsequenzen gehabt habe. Das Boot sei weder beschlagnahmt noch ein Verantwortlicher festgenommen worden. Die Corporación Noboa ist im Besitz des gescheiterten

Präsidentschaftskandidaten und Bananenunternehmers Álvaro Noboa. Der konservative Politiker verlor am vergangenen Wochenende (26. November) in einer Stichwahl gegen den Linkskandidaten Rafael Correa.

Der Abgeordnete Alfredo Castro Patiño machte darauf aufmerksam, dass dies ein weiterer Fall von Korruption im Justizapparat der Provinz El Oro sei, in den Noboa verwickelt sei. Castro Patiño wies darauf hin, dass der Dokumentation des Falls zufolge keiner der Besatzungsmitglieder gefangen genommen wurde. Dies sei jedoch nie in der nationalen Presse veröffentlicht worden. Auch sei entgegen der Vorschriften des Betäubungsmittelgesetzes das Boot nicht beschlagnahmt worden noch seien Ermittlungen durchgeführt worden, um Täter, Komplizen und Verdunkler der Straftat festzustellen. Der Abgeordnete erklärte, dass dieser Fall ans Licht kam, als einer der involvierten Seeleute versuchte, ein Visum für die Vereinigten Staaten zu erhalten. Unterstützt von einer Reihe von Zeugen, klagte Castro Patiño den Fall vor den Kongress an.

### Neuer Präsident: Rafael Correa

(Quito, 28. November 2006, alc).- Der 43jährige Rafael Correa besiegte am 26. November in der Stichwahl um die Präsidentschaft seinen Kontrahenten, den Unternehmer Álvaro Noboa. Noboa gilt als reichster Mann des Landes. Die Bevölkerung Ecuadors scheint sich für den von Correa versprochenen Wandel entschieden zu haben.

Der Wirtschaftswissenschaftler Correa erhielt über 56 Prozent der Stimmen der über neun Millionen Wähler und Wählerinnen. Um gegen das von ihm so genannte üble politische System, das in den letzten zehn Jahren von acht Präsidenten geführt wurde, zu wirken, setzt er auf eine bürgerliche Revolution.

Correa, der während der Amtszeit von Interimspräsident Alfredo Palacio kurzzeitig Wirtschaftsministers war, will einen Großteil des Reichtums Ecuadors unter den Bedürftigen des Landes verteilen. Zudem will er eine stärkere Vertretung der Interessen der Frauen und der indigenen Bevölkerung vorantreiben. Correa hat sich gegen den Freihandelsvertrag mit den Vereinigten Staaten ausgesprochen und will die von US-Militärs genutzte Militärbasis in Ecuador schließen.

## Dezember 2006

### Gewalt gegen widerständische Gemeinde

(Buenos Aires, 5. Dezember 2006, púlsar-poonal).- Am ersten Dezemberwochenende wurden in der im Norden des Landes gelegenen Ortschaft Intag 53 Angestellte des transnationalen Unternehmens Ascendant Cooper festgenommen, nachdem sie zuvor protestierende Anwohner angegriffen hatten. Auki Tituaña, Bürgermeister indigener Abstammung von Coacachi, zeigte in einem Fernsehprogramm Fotos, auf denen einige der Angestellten beim Einsatz von Waffen und Tränengas zu sehen sind. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass ein Beginn von Förderarbeiten in den Kupferminen durch das kanadische Unternehmen, verfassungswidrig wäre, da keine notwendige Befragung der möglicherweise betroffenen Bevölkerung stattgefunden habe. Ascendant Cooper stellt derzeit noch Erkundungen über die Minen an.

Unterdessen ging das Militär gegen die Teilnehmenden einer Volksversammlung gegen die Bergwerke von Zamora Chinche und Morona Santiago vor, als diese zum Sitz des Unternehmens Corriente Recursos mobilisierten. Die Demonstrierenden forderten die Regierung zur Einhaltung der vor Wochen getroffenen Abmachung auf, in der die Beendigung der Erkundungen und Förderungen seitens der in der Region tätigen Unternehmen beschlossen worden war.

Die Volksversammlung beklagte mehrere illegale Verhaftungen sowie die Tatsache, dass vier Teilnehmende ins Krankenhaus eingewiesen werden mussten. Gleichfalls wurde darauf hingewiesen, dass das Vorgehen in den Bezirken von Morona Santiago und Zamora Chinchipe militaristisch und unrechtstaatlich sei.

#### Correa kritisiert kolumbianischen Herbizideinsatz in Grenzregion

(Buenos Aires, 13. Dezember 2006, pulsar).- Kolumbianische Behörden haben bestätigt, dass die Anti-Drogen-Polizei derzeit 100 Meter von der ecuadorianischen Grenze entfernt von Flugzeugen aus Herbizide zur Zerstörung illegaler Koka-Felder sprüht. Der Verteidigungsminister Kolumbiens Juan Manuel Santos gab am 12. Dezember bekannt, dass die Operation gegen den Drogenhandel das Ziel habe, die in der Grenzregion Putumayo zunehmend angebauten Koka-Pflanzen zu zerstören. "Unser Ziel ist die Vernichtung aller Koka-Anbaugebiete. An der Grenze zu Ecuador haben die Straftäter ausgenutzt, dass wir diesen zehn Kilometer breiten Streifen nicht besprüht haben. Sie haben auf einer Fläche von über 10.000 Hektar ein ganzes Koka-Meer angebaut, das wir vollständig zerstören werden", so der Minister.

Die ecuadorianischen Behörden haben angekündigt, die Entscheidung Kolumbiens zu prüfen. Währenddessen behielten sich Sprecher der am 15. Januar nächsten Jahres neu antretenden Regierung vor, internationale Organisationen einzuschalten, falls Auswirkungen auf Ecuador festgestellt würden.

Der designierte ecuadorianische Präsident Rafael Correa forderte in der Tageszeitung "El Comercio de Quito" von Kolumbien, die Anpflanzungen "per Hand" zu zerstören. Für Ecuador stehe fest, dass durch das Streuen von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat von Flugzeugen aus die Umwelt und die Gesundheit von Menschen beeinträchtigt werden. Der kolumbianische Außenminister Francisco Carrión sagte, die ecuadorianische Position sei "klar" in dem Sinne, dass "sie diese Form von Herbizideinsätzen im zehn Kilometer breiten Grenzstreifen nicht akzeptiert".

### Januar 2007

#### Besprühungen: Correa und Uribe erzielen Einigung

(Buenos Aires, 11. Januar 2007, pulsar-poonal).- Während ihres Besuches in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua im Rahmen der Vereidigung Daniel Ortegas zum Präsidenten, erzielten der kolumbianische Regierungschef Álvaro Uribe und der neu gewählte Präsident Ecuadors Rafael Correa eine Einigung in ihrem Streit um die Besprühung von Kokafeldern.

Die Amtsträger trafen sich für etwa eine halbe Stunde, um den bilateralen Konflikt anzugehen, der sich durch kolumbianische Besprühungen mit dem Herbizid Glyphosat im Grenzgebiet entwickelt hatte.

Die ecuadorianische Regierung hatte die Besprühungen auf ihrem Gebiet kritisiert, die Kolumbianer warfen den Ecuadorianern hingegen vor, illegale Kokapflanzungen zu tolerieren und veröffentlichten Fotos vermeintlicher Kokafelder.

Der erste Punkt, auf den man sich einigen konnte, ist die Zusage Kolumbiens, das benachbarte Land jedes Mal zu informieren, wenn Besprühungen in der Grenzregion vorgenommen werden. Dies soll Ecuador ermöglichen, Inspektoren zu schicken, um zu überprüfen, ob Glyphosat auf die ecuadorianische Seite der Grenze gelangt.

Zudem vereinbarten die Präsidenten gemeinsam mit der Organisation Amerikanischer Staaten, eine Dreiparteienkommission einzurichten, die sicherstellt, dass während der Besprühungen weder direkt noch indirekt Glyphosat die ecuadorianische Seite erreicht. Auch

wurde beschlossen, das Ausmaß des Schadens durch das Glyphosat zu analysieren und dafür sowohl auf kolumbianischer als auch auf ecuadorianischer Seite Proben zu sammeln.

Politische Beobachter in Ecuador kritisierten, die Vereinbarung ihres als links geltenden Staatschefs sei ein Rückschritt gegenüber vorhergehenden Verhandlungen, die von Correas bürgerlichem Vorgänger mit der kolumbianischen Regierung geführt worden waren.

#### Stopp der flächendeckenden Vernichtung von Anbauflächen

(Buenos Aires, 18. Januar 2006, púlsar). Der kolumbianische Präsident Álvaro Uribe hat die Aufhebung von flächendeckenden Ausräucherungsmethoden zur Schädlingsbekämpfung im Grenzgebiet zu Ecuador angekündigt. Diese wurden zuvor zur Vernichtung von vermeintlich illegalen Anbauflächen benutzt.

Uribe erklärte, dass die Ausräucherungen künftig nur noch von Hand durchgeführt würden: Im Moment wird es keine weiteren flächendeckenden Ausräucherungen geben. Wir kommen so der Bitte des ecuadorianischen Präsidenten Alfredo Palacio entgegen, so Uribe.

Zudem gab der kolumbianische Staatschef bekannt, dass sich in den nächsten Tagen zwölf Gruppen, die sich auf die manuelle Ausräucherung spezialisiert hätten, unter Polizeischutz in das Grenzgebiet begeben würden. Geplant sei außerdem, dass die Arbeit der Gruppen regelmäßig von den Regierungen beider Länder überprüft werde. Wie der ecuadorianische Verteidigungsminister Oswaldo Jarrín mitteilte, soll im Zuge des Übereinkommens zwischen den beiden Staaten zudem die Zahl der Sicherheitskräfte auf beiden Seiten der Grenze erhöht werden. Sollte die manuelle Ausräucherung jedoch nicht erfolgreich sein, behält sich Uribe die Wiedereinführung der flächendeckenden Ausräucherungen vor.

#### Hartes Vorgehen gegen Schüler und Studenten

(Fortaleza, 19. Januar 2006, adital-poonal).- Bei einer Demonstration von Schülern und Studenten gegen Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, das Freihandelsabkommen TLC (Tratado de Libre Comercio) mit den USA und die Ölgesellschaft Occidental u Oxy sind am 18. Januar in Quito 113 Personen verletzt und 100 Personen festgenommen worden. Bereits seit den frühen Morgenstunden gingen 18.000 Menschen, vor allem Schüler vom Colegio Nacional Mejía, auf die Straße. Die Protestwut wurde verstärkt durch den Besuch des Gouverneur von Florida und Bruder von George W. Bush, Jeb Bush, der sich an diesem ebenfalls Tag in Quito befand.

Im Zuge der Proteste haben verschiedene Soziale Organisationen ein erstes Treffen einberufen, um über ihr weiteres Vorgehen zu diskutieren und dem Verrat am Vaterland durch die Regierung mit entsprechenden Aktivitäten zu begegnen. Zahlreiche Kommentatoren befürchten, dass sich die Proteste bis Mitte Februar zuspitzen und eine angespannte innenpolitische Situation entstehen könnte.

Einige Analysten gehen davon aus, dass die Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr darauf abzielen, die Aufmerksamkeit von den Verhandlungen mit dem US-amerikanischen Öl-Unternehmen Occidental u Oxy sowie von den Verhandlungen im Rahmen des TLC abzulenken.

#### Meinungsverschiedenheiten über den von Correa geforderten Volksentscheid

(Fortaleza, 16. Januar 2007, adital-poonal).- Der Vorschlag des ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa, eine Initiative zur Durchführung einer Volksbefragung zu starten, stößt auf Widerstände. Während die Anregung von der Bevölkerung begrüßt wurde, verkündete der ecuadorianische Einkammerkongress, die Volksbefragung sei illegal und müsse vom Kongress erst genehmigt werden. Das Oberste Wahlgericht entscheidet über die Möglichkeit

der Volksbefragung, die über die Verfassungsgebende Versammlung entscheiden wird. Correa trug seinen Vorschlag unmittelbar nach seinem Amtsantritt vor. Nach den Worten des Regierungschefs soll die Volksbefragung, in der die BürgerInnen über die Einrichtung einer Verfassungsgebenden Versammlung entscheiden können, am 18. März stattfinden. Das Angebot des Volksentscheids war eines seiner Wahlversprechen gewesen.

Jorge Acosta, Präsident des Obersten Wahlgerichts, bestätigte gegenüber der internationalen Presse, in etwa 14 Tagen könne mit einer Entscheidung des Gerichts über Correas Vorschlag gerechnet werden. Bis dahin müsse geprüft werden, ob alle wahlrechtlichen Voraussetzungen erfüllt wurden, die für die Beteiligung der Bevölkerung notwendig seien.

Gegenüber der Agentur Ansa-Latina erklärte Acosta, wenn alle rechtlichen Bestimmungen erfüllt würden, könnte die Befragung stattfinden. Die Kommission des Obersten Wahlgerichts müsse nun einen allgemeinen Katalog erstellen, der die Bedingungen der Volksbefragung festlegt. Jorge Cevallos, Präsident des ecuadorianischen Einkammerkongresses, bestätigte hingegen, die Volksbefragung, deren Verfügung unterzeichnet wurde, ohne den Kongress hinzuzuziehen, sei verfassungswidrig. Laut der gültigen Verfassung könnten unbegrenzt viele Volksbefragungen stattfinden, jedoch dürften sie sich nicht auf Verfassungsreformen beziehen. In solchen Fällen trifft die Entscheidung der Kongress, betonte Cevallos.

#### Indígenas kündigen radikale Proteste an

(Buenos Aires, 25. Januar 2007, púlsar).- Die Oberste Wahlbehörde hat beschlossen, die Entscheidung über die Einberufung einer Volksbefragung in die Hände des Kongresses zu legen. Daraufhin kündigten indigene Führungspersonlichkeiten an, dass sich ein Volksaufstand entwickeln werde, wenn das Referendum nicht einberufen wird. Humberto Cholango, Sprecher der Konföderation der Völker der Nationalität Quechua (Confederación de los Pueblos de Nacionalidad Quechua), sprach von einer Rebellion, wenn bis zum Ende des Wochenendes die Befragung nicht vom Kongress behandelt und vom Gericht einberufen wird.

Die Ankündigung wurde nach einem Gespräch indigener Sprecher mit Innenminister Gustavo Larrea veröffentlicht, in dem die Aktionen für die nächste Zeit analysiert wurden. Cholango machte die Abgeordneten, die Richter, den Ex-Präsidenten Lucio Gutiérrez und den Ex-Präsidentschaftskandidaten Alvaro Noboa für mögliche Unruhen verantwortlich.

Indigene Organisationen haben sich zu Beginn des Jahres mit rund 30 sozial aktiven Gruppen zur so genannten sozialen Front des Drucks zusammen geschlossen. So wollen sie verhindern, dass die Wahlbehörde oder der Kongress die verfassungsgebende Versammlung behindern. Sie riefen die politischen Kräfte der Linken und ihre Basis auf, sich den Protesten gegen den Kongress anzuschließen, um den Korrupten zu sagen, dass der Wille des Volkes respektiert werden muss, weil es der einzige Souverän ist, so Cholango.

### *Ferbruar 2007*

#### Spannungen an der Grenze

(Quito, 8. Februar 2006, na-poonal).- Die ecuadorianisch-kolumbianische Grenze ist für die Regierungen beider Länder zum Thema eines politischen und militärischen Streits geworden, der über einen rein diplomatischen Dialog hinauszugehen droht. Im Laufe der vergangenen vier Monate ist die kolumbianische Luftwaffe dreimal in ecuadorianisches Territorium eingedrungen. Das letzte Mal am 28. Januar, als die ecuadorianische Siedlung La Bermeja in der Provinz Sucumbíos von einem Flugzeug und zwei Kampfhubschraubern aus beschossen wurde. Dem ecuadorianischen Verteidigungsminister Oswaldo Jarrín zufolge handelte es sich

bei diesem letzten Vorfall um einen geplanten und koordinierten Luftangriff. Die Grenze zwischen Ecuador und Kolumbien ist seit dem Jahr 2000 ins Gespräch gekommen. Damals begann die Umsetzung des Plan Colombia, mit dem die kolumbianische Regierung den Drogenhandel bekämpfen und die Guerillabewegung Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) militärisch besiegen will. Die kolumbianischen Militäraktionen schufen ein neues Szenario in der Grenzregion, auf das die ecuadorianischen Streitkräfte mit einem Plan zur strategischen Umstrukturierung reagierten. In Folge dessen sind nun ca. 14.000 Mann entlang der Grenze zu Kolumbien stationiert.

Die Situation spitzte sich zu, als die kolumbianische Regierung im Juli 2003 begann, zur Vernichtung von Kokapflanzungen starke Herbizide von Hubschraubern aus zu versprühen, wodurch in zahlreichen ecuadorianischen Gemeinden der Provinz Sucumbíos die Gesundheit der Bewohner und die Umwelt geschädigt wurden. Die Vereinigung von Bauernorganisationen der ecuadorianischen Grenzregion in Sucumbíos FORCCOFES (Federación de Organizaciones Campesinas del Cordón Fronterizo Ecuatoriano de Sucumbíos) verklagte den ecuadorianischen Staat, weil er seiner Pflicht zum Schutz seiner Bürger nicht nachgekommen sei.

Am 30. März 2004 nahm das Erste Verwaltungsgericht in Quito die Klage an und forderte den ecuadorianischen Staat auf, die Grenzbewohner angemessen zu schützen und von Kolumbien die Einstellung der Sprühaktionen auf einem zehn Kilometer breiten Streifen bis zur ecuadorianischen Grenze zu verlangen. Der damalige Präsident Lucio Gutiérrez (2003-2005), der die von den USA geförderten kolumbianischen Militärpläne unterstützte, wies den Richterspruch zurück. Ungeachtet dessen bestätigte das Verfassungsgericht das Urteil am 15. März 2005, einige Wochen bevor Gutiérrez aus dem Amt vertrieben wurde.

Die neue Regierung unter Alfredo Palacio wies das Außenministerium an, gegen die in den ecuadorianischen Siedlungen durch die Besprühungen verursachten Schäden zu protestieren. Daraufhin wurde Kolumbien offiziell aufgefordert, in dem Zehn-Kilometer-Streifen nicht zu sprühen. Auf Druck der Regierung und sozialer Organisationen Ecuadors kündigte die kolumbianische Regierung schließlich am 16. Januar die Einstellung der Sprühaktionen im Grenzgebiet an.

Diese Ankündigung wurde von der ecuadorianischen Regierung begrüßt, während die sozialen Organisationen zurückhaltend reagieren. Die Einstellung der Besprühungen an der Grenze ist ein Sieg der ecuadorianischen Organisationen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass in der Ankündigung der Kolumbianer lediglich von einer vorläufigen Aussetzung der Sprühaktionen die Rede ist. Sie können also jeden Moment wieder aufgenommen werden?, erklärte Lina Cahuasqui vom institutionenübergreifenden Komitee gegen Besprühungen CIF (Comité Interinstitucional contra las Fumigaciones).

Scheinbar ist die Ankündigung der kolumbianischen Regierung, die Besprühungen vorerst einzustellen, Folge eines Strategiewechsels im Kampf gegen die FARC. Mindestens zwei Veränderungen kann man am Schauplatz der Auseinandersetzungen im kolumbianischen Departement Putumayo an der Grenze zu Ecuador beobachten: Zum einen sind die Kokafelder in die kolumbianischen Departements Amazonas und Nariño verlegt worden. Wenn der Krieg gegen die FARC geführt wird, müssen die Kokafelder der FARC verfolgt werden, und die sind verlegt worden, so Adolfo Maldonado vom CIF. Maldonado hat die genetischen Schäden untersucht, welche die Besprühungen bei in der Grenzregion lebenden Frauen hervorgerufen haben. Außerdem sei die militärische Strategie im Krieg gegen die FARC geändert worden, weil die Bemühungen, die Guerilla durch Vernichtung ihrer Kokafelder zu schwächen, auch nicht erfolgreich gewesen seien. Der Krieg gegen die FARC wird jetzt direkt geführt, mit Luftangriffen und Bombardements, bestätigt Alexis Ponce von der Gruppe zur Beobachtung des Plan Colombia (Grupo de Monitoreo del Plan Colombia). Der Zehn-Kilometer-Streifen ist derzeit Schauplatz anhaltender Bombardements auf vermeintliche Einheiten der Guerilla, wobei in vielen Fällen die Zivilbevölkerung betroffen

ist. Dabei missachtet die kolumbianische Luftwaffe die Grenzlinie und führt den Beschuss auf ecuadorianischem Territorium weiter. Mit den Angriffen soll Ecuador in den kolumbianischen Konflikt hineingezogen und wieder Verbündeter des Plan Colombia werden, bekräftigt Ponce. Ecuador hat sein Alarmprogramm für die Grenze in Gang gesetzt und eine Flotte von Flugzeugen des Typs A-37 für die Luftverteidigung mobilisiert. Das Programm sieht außerdem die Aktivierung von Boden-Luft-Raketen, Radarüberwachung und Militärpatrouillen in der gesamten Grenzregion vor. Kolumbien seinerseits hat in einer am 2. Februar versandten kurzen diplomatischen Note erklärt, die Verletzung des ecuadorianischen Luftraums sei nicht geplant gewesen. Die ecuadorianischen Behörden zeigten sich jedoch nicht überzeugt von der Erklärung und halten ihr Alarmprogramm aufrecht.

#### Erneut Konflikt wegen Kokapflanzen-Besprühungen

(Montevideo, 9. Februar 2007, comcosur).- Das ecuadorianische Außenministerium forderte die kolumbianische Regierung erneut auf, die Besprühungen mit dem Herbizid Glyphosat aus der Luft im Grenzgebiet zu Ecuador sofort zu unterlassen. Die Wiederaufnahme dieser Flüge schade nicht nur der Umwelt, sondern sei auch die Ursache von Krankheiten unter den Bewohnern der Region. Kolumbien habe diese Flüge wieder aufgenommen, obwohl sich das Land zuvor dazu verpflichtet hatte, die Kokafelder an der gemeinsamen Grenze zu Ecuador manuell zu vernichten.

Kolumbien ist seiner Verpflichtung gegenüber Ecuador weder nachgekommen noch hat sich das Land transparent verhalten kritisierte die ecuadorianische Außenministerin Maria Fernanda Espinosa. Die ecuadorianische Regierung kündigte nun an, vor internationalen Instanzen gegen die Regierung von Álvaro Uribe zu klagen.

Das für die Besprühungen der Kokapflanzen verwendet Glyphosat ist ein Produkt, das in Europa als langfristig die Umwelt schädigend eingestuft wurde. Der Hauptproduzent des Herbizides ist der von Umweltschützern häufig kritisierte Konzern Monsanto.

#### Ecuadorianer setzen Einberufung eines Volksentscheides durch

(Buenos Aires, 13. Februar 2007, púlsar).- Ecuadors Legislative bestätigte am vergangenen Dienstag die Durchführung eines Volksentscheides über die Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung mit unbegrenzten Befugnissen. Das Referendum wird am 15. April stattfinden. Der Beschluss stellt einen Sieg für den Präsidenten Rafael Correa dar. Correa hatte sein Amt im Januar mit dem Versprechen aufgenommen, eine Versammlung mit umfassenden Befugnissen zur Neustrukturierung des Staates einzusetzen, die Verfassung von 1998 zu reformieren, den Sozialismus zu vitalisieren und den Neoliberalismus abzubauen.

54 der 58 bei der Sitzung anwesenden Abgeordneten stimmten für das Vorhaben. Das bedeutet, dass die Ecuadorianer an den Urnen darüber entscheiden werden, ob sie die Einsetzung der verfassungsgebenden Versammlung unterstützen. Das Oberste Wahlgericht teilte mit, dass der am 15. April stattfindende Volksentscheid am 28. Februar einberufen werde.

Am Dienstag (13.2.) hatten sich Tausende Ecuadorianer in den Straßen von Quito versammelt, um die Kongressabgeordneten unter Druck zu setzen, der Einberufung des Volksentscheides zuzustimmen. Die Mobilisierung hatte schon am Vortag begonnen, doch die außerordentliche Sitzung konnte über das Thema nicht beratschlagen. Erst die Sitzung vom Dienstag erbrachte das notwendige Quorum.

#### Mehr als 5000 Menschen demonstrieren gegen Bergbaukonzerne

(Buenos Aires, 28. Februar 2007, púlsar).- Die Landesweite Koordination zur Verteidigung



des Lebens und der Souveränität (Coordinadora Nacional por la Defensa de la Vida y la Soberanía) hat in der ecuadorianischen Stadt Cuenca demonstriert und erklärte, dass sie sich von nun an in ständiger Mobilisierung befinde. Sie forderten den Abzug der ausländischen Bergbaukonzerne, die der Umwelt in Ecuador Schaden zufügen und außerdem die nationale Eigenständigkeit gefährden würden. Der „Parque de la Madre“ in Cuenca füllte sich ab den frühen Morgenstunden des vergangenen Montags (26. Februar) mit Demonstranten. „Wir sind hierher gekommen, um den Leuten von den Konzernen zu sagen, dass sie nach Hause gehen sollen. Wir wollen sie hier nicht! Ich verstehe nicht, warum sie sich etwas nehmen wollen, das ihnen gar nicht gehört, und zudem sogar noch wütend werden. Was für eine Frechheit!“ sagte Doña Zoila, eine Bewohnerin der Gemeinde Sayausí.

Auch Medizin-Studenten sowie Studierende für Umwelttechnik der Universität von Cuenca haben an der Demonstration teilgenommen. Trommelnd zogen sie durch die Straßen. Die Bewohner der Gemeinden Sígusig, Pichincha, Victoria del Portete, Tarqui, Santa Isabel, Molleturo, Zamora, Morona Santiago, Shagli, Chimborazo, Imbabura, Girón und San Gerardo bildeten eine Art Regenbogen, der sich mit dem Ruf „Raus mit den imperialistischen Bergbaukonzernen!“ durch die Stadt bewegte.

Die Demonstranten marschierten bis zur Regionaldirektion für Bergbau. Dort forderten sie von der Nationalregierung und vom Ministerium für Energie und Minen, gesetzlich festzulegen, dass es in Ecuador keinen groß angelegten Bergbau mehr geben solle. Entsprechend dieser Resolution sollten die Behörden künftig handeln.

#### Chávez und Kirchner gründen Bank des Südens

(Fortaleza, 22. Februar 2007, adital-poonal).- Der venezolanische Präsident Hugo Chávez und sein argentinischer Amtskollege Néstor Kirchner gaben letzten Donnerstag (22. Februar) die Gründung der Banco del Sur (Bank des Südens) bekannt, um die Abhängigkeit der Länder der Region von anderen Kreditinstituten abzuschaffen. Sie rechnen damit, dass sich ganz Südamerika der Initiative anschließen werde.

Der venezolanische Staatschef bestätigte, dass das bilaterale Memorandum voraussehe, dass weitere Regierungen sich jederzeit anschließen können und dass die Bank in 120 Tagen von jetzt an offiziell entstehen wird. Dies sei der benötigte Zeitraum für den offiziellen Aufbau, die Verfassung einer Satzung, die Beschaffung von Geldmitteln und weiterer Maßnahmen. Chávez rechnet damit, dass Bolivien, Brasilien und Ecuador die ersten Länder sein werden, die sich der Initiative anschließen werden.

Der Hauptsitz der Bank wird in Caracas, Venezuela, liegen. Nach Angaben von Chávez werde der Bau der so genannten Pipeline des Südens von Bolivien nach Argentinien eines der ersten Unternehmen sein, die von der Banco del Sur finanziert werden. Die Pipeline soll venezolanisches Erdgas in diese Region bringen. Der venezolanische Regierungschef schlägt seit mehreren Jahren ohne großen Erfolg die Errichtung einer solchen Bank vor. Nun hänge es von den nationalen Zentralbanken ab, dass die Banco del Sur einen Teil der internationalen Reserven jeder einzelner Bank übernehme, so Chávez. Er verwies darauf, dass Venezuela, Argentinien und Brasilien insgesamt internationale Reserven im Wert von 150 Milliarden US-Dollar besitzen. Es sei also vollkommen annehmbar, dass die Länder mehrere Milliarden US-Dollar von ihren internationalen Reserven für das neue Kreditinstitut bestimmen würden.

Kirchner verurteilte die Politik anderer Institute wie die der Weltbank. Die Banco del Sur muss eine andere Philosophie und andere Merkmale haben als die bislang existierenden internationalen Kreditinstitute. Auch diese sind zur Förderung von Investitionen gegründet worden, sind dann aber zur wahren Strafe für die Bevölkerung geworden. Sie greifen in die ökonomischen Entscheidungen der Länder ein, erklärte Kirchner. Die Idee sei, dass die Banco del Sur alle Investitionen unterstützt, die die produktive Anpassung und die physische und soziale Integration von Südamerika und die Entwicklung von strategischen Projekten

zum Ziel haben. Sowohl die Stärksten als auch die Schwächsten müssten Zugang zu der Bank haben, da diese nicht selektiv, sondern solidarisch wirken müsse. Kirchner warnte davor, dass wenn die Banco del Sur sich nur in ein weiteres Kreditinstitut umwandle, dies ein erneuter Misserfolg für die Region sei.

Die Gründung der Banco del Sur war nach Angaben von Chávez, der wichtigste Punkt des 24-stündigen Besuches von Kirchner in Venezuela. Bei der Gelegenheit unterzeichneten die Präsidenten 17 weitere bilaterale Vereinbarungen.

### 300 kolumbianische Flüchtlinge in Ecuador eingetroffen

(Fortaleza, 28. Februar 2007, adital-poonal).- Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) appelliert weiterhin an die Öffentlichkeit, die Situation der kolumbianischen Flüchtlinge zur Kenntnis zu nehmen. Es seien über 14 Millionen US-Dollar zur Finanzierung der Arbeit des UNHCR nötig, weil Tausende Menschen Kolumbien aufgrund der bewaffneten Konflikte verließen.

Gestern (27. Februar) teilte die Sprecherin der Organisation in Genf, Jennifer Pagonis, auf einer Pressekonferenz mit, dass allein am Sonnabend (24. Februar) mehr als 300 Kolumbianer ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um nach Ecuador zu kommen. Die Gruppe sei aus dem Süden Kolumbiens über den Grenzfluss Río San Juan bis in das im Norden Ecuadors, in der Provinz Carchi gelegene Dorf Chical geflohen. Am nächsten Tag seien Mitarbeiter des UNHCR in das Dorf gereist, um dringend benötigte Artikel und Lebensmittel zu verteilen. Auch die Bewohner des Dorfes unterstützten die Flüchtlinge. Laut Angaben des UNHCR sind bisher 315 Personen registriert worden, über die Hälfte davon Kinder. Die Flüchtlinge betonen, dass die Situation in den Konfliktgebieten immer gefährlicher werde und sie sich nur durch die Flucht in ein anderes Land retten könnten.

Diese Flüchtlingsgruppe besteht vorwiegend aus Indígenas vom Volk der Awá, die in der Nähe des Flusses wohnten. Letzten Monat sind schon 40 Afrokolumbianer auf demselben Weg nach Ecuador gekommen. Es wird geschätzt, dass inzwischen insgesamt 250.000 Kolumbianer vor den bewaffneten Auseinandersetzungen nach Ecuador geflohen sind. Weitere 200.000 sollen sich in Venezuela befinden, wo sie um rechtlichen Schutz ersuchen. Das UNHCR teilte mit, es benötige für das Jahr 2007 dringend 14 Millionen US-Dollar, um seine Programme und Projekte zur Unterstützung der kolumbianischen Flüchtlinge durchführen zu können. Letztes Jahr beliefen sich die Ausgaben auf fast 13 Millionen US-Dollar. Die ecuadorianische Regierung versicherte, sie werde alle Rechte der kolumbianischen Staatsbürger respektieren, forderte jedoch die kolumbianische Regierung zugleich auf, sich für die in Ecuador befindlichen Flüchtlinge mit verantwortlich zu zeigen.

### Volksbefragung rückt näher

(Fortaleza, 28. Februar 2007, adital).- Am 28. Februar musste die Regierung dem Obersten Wahlgericht TSE (Tribunal Supremo Electoral) endgültig das Statut für die Volksbefragung über eine Verfassungsgebende Versammlung übergeben. Einige Klauseln wurden bereits vorab festgelegt: es soll keine Altersbeschränkung geben, es soll eine namentliche Abstimmung stattfinden und von den Bewegungen und Parteien sollen ein Prozent der Stimmen gesammelt werden. Die Befragung soll am 15. April stattfinden.

Die Mitglieder des Kongresses - die anfänglich die Durchführung des Referendums behindert hatten - und der Regierung sind bezüglich des Statuts letztlich zu einem Konsens gekommen. Innenminister Gustavo Larrea bestätigte gegenüber der lokalen Presse, dass einigen Empfehlungen der Kongressabgeordneten entsprochen wurde und dass der Kongress eine Kopie des Statuts erhalten werde. Zu den vom Kongress vorgeschlagenen Änderungen gehören der Wegfall der Altersbeschränkung und die Verlängerung der Vorbereitungszeit für die Versammlung auf 150 Tage. Voraussichtlich wird die Verfassungsgebende Versammlung

im Oktober dieses Jahres eingesetzt werden.

Das Finanzministerium schickte dem Obersten Wahlgericht TSE bereits die beantragten 16 Millionen US-Dollar zur Durchführung der Volksbefragung. Gestern (27. Februar 2007) stellte Präsident Rafael Correa die Juristenkommission vor, deren Aufgabe es sein wird, einen „ausführlichen und transparenten“ Vorschlag für den zu diskutierenden Text der Verfassungsgebenden Versammlung zu machen.

Die Kommission wurde vom Nationalen Rat für Höhere Bildung CONESUP (Consejo Nacional de Educación Superior) ernannt und soll die Forderungen der verschiedenen sozialen Sektoren in Ecuador einarbeiten. Ihre Aufgabe sei es, einen umfassenden Vorschlag zu machen, in dem die Beteiligung der gesamten Bevölkerung garantiert wird. Um diese plurale Präsenz der sozialen Sektoren zu garantieren, wurden alle Kommissionsmitglieder von den Universitäten des Landes ernannt. Die Mitglieder haben ihre Arbeit am 4. März aufgenommen und wollen alle Delegationen der organisierten Zivilbevölkerung, der politischen Sektoren und der politischen Parteien selbst empfangen.

## März 2007

### Correa-Regierung sagt Nein zur US-Militärbasis in Manta

(Quito, 6. März 2007, alc-poonal).- Ecuador hat gestern erneut sein souveränes Recht auf Schließung des US-Militärstützpunkts in Manta zum Jahre 2009 bekräftigt. 2009 läuft der mit Washington geschlossene Vertrag über die Nutzung dieses Gebietes an der ecuadorianischen Pazifikküste aus. Der ecuadorianische Vizeminister für Verteidigung Miguel Carvajal erklärte, es könne keine Souveränität in einem Land geben, solange dieses nicht die Kontrolle über das gesamte Territorium ausübe. Er unterstrich, dass die Regierung den Vertrag über den Militärstützpunkt Manta nicht verlängern werde und damit entsprechend den Prinzipien des Friedens, gleichberechtigter Entwicklung und nationaler Souveränität handle. Der Minister hielt die Rede anlässlich der Eröffnung der Internationalen Konferenz für die Abschaffung ausländischer Militärbasen, die vom 5. bis 9. März in Ecuador stattfand. Carvajal betonte, in der Politik der Correa-Regierung sei das Thema Sicherheit untrennbar mit der Sozialpolitik verbunden. Sicherheit bedeutet, gegen die Ungleichheit zu kämpfen, gegen die Umweltzerstörung, gegen die Armut, von der 64 Prozent der Bevölkerung betroffen sind, und gegen den Analphabetismus. Dabei werden die Streitkräfte in die staatlichen Entwicklungs- und Sozialprogramme einbezogen.

Im Jahr 1999 hatte die ecuadorianische Regierung mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag über die Nutzung der Militärbasis Manta abgeschlossen. Erklärtes Ziel war der Kampf gegen den Drogenhandel. Bald wurde Manta zum strategischen Stützpunkt für den Plan Colombia, mit dem die US-Regierung ihre kolumbianischen Amtskollegen im Kampf gegen den Drogenanbau unterstützt.

### Verhandlungen über Freihandelsabkommen vertagt

(Buenos Aires, 30. März 2006, púlsar).- Der ecuadorianische Präsident Alfredo Palacio gab den Abbruch der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA bekannt. Die Gespräche hatten in diesen Tagen in Washington stattgefunden. Es werde eine neue Frist von drei Monaten geben, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen, erklärte der Staatschef. Palacio sagte nichts über die Einzelheiten, die zum Scheitern geführt haben. Wahrscheinlich gab es Unstimmigkeiten über die Mengen an Reis, welche die USA abgabenfrei einführen wollen.

Der Dachverband Indigener Nationen in Ecuador CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) kritisierte das Verhalten der Regierung. Diese nehme

eine diktatorische Haltung gegenüber dem legitimen Recht der Bevölkerung ein, ihre Interessen und ihre Souveränität zu verteidigen. Die CONAIE kündigte an, trotz des Ausnahmezustandes in der Provinz Chimborazo dort ihre landesweite Versammlung abzuhalten. Der CONAIE-Vizepräsident Santiago de la Cruz meinte, dass in einem demokratischen Regime die Freiheit der Bevölkerung, ihr Recht sich zu organisieren und ihre Entwicklung ihren eigenen Anforderungen entsprechend zu gestalten, vorrangig ist. De la Cruz bestritt, dass es eine Einigung mit der Regierung gegeben habe, den Kampf gegen das Freihandelsabkommen und die Demonstrationen auf den Straßen zu unterlassen. ?Die CONAIE wird nicht mit der Übergangsregierung Palacio verhandeln. Die Demonstrationen gegen dieses Abkommen werden weiterhin stattfinden,? versicherte der CONAIE-Sprecher.



# ai - Urgent Actions zu Menschenrechtsverletzungen in Ecuador

**UA-Nr: UA-134/2006-1**

**AI-Index: AMR 28/005/2006**

**Datum: 08.06.2006**

**Weitere Informationen zu UA 134/06 (AMR 28/004/2006, 16. Mai 2006)**

Frau **Guadalupe de Heredia** (Pressesprecherin) und ihre Familie

Juristenteam:

Dr. **Alejandro Ponce Villacís**

Dr. **Pablo Fajardo Mendoza**

**Ermel Chávez Parra**

Frau **Cármen Allauca**

**Luis Yanza**

sowie:

**Julio Marcelo Prieto Méndez**

Bis auf Guadalupe de Heredia gehören alle oben genannten Personen einer Rechtsanwaltsgruppe an, welche indigene Gemeinschaften in einem Rechtsstreit mit dem transnationalen Ölkonzern „ChevronTexaco“ vertritt. Dabei geht es um die Umweltverschmutzung, welche auf die jahrzehntelangen Ölbohrungen in der Region Sucumbios zurückzuführen ist. Guadalupe de Heredia ist die Pressesprecherin des Juristenteams. Am 19. Mai 2006 brachen Unbekannte in das Büro von Julio Marcelo Prieto Méndez ein, wobei es sich offenbar um den jüngsten Einschüchterungsversuch handelt, um ihn und seine Kollegen zum Einstellen ihrer rechtsanwaltlichen Tätigkeiten zu zwingen. amnesty international fürchtet um die Sicherheit aller Betroffenen.

In den frühen Morgenstunden des 19. Mai 2006 informierte das Wachpersonal Julio Marcelo Prieto Méndez, dass in seine Kanzlei in der Hauptstadt Quito eingebrochen worden war. Trotz der wertvollen technischen Ausstattung des Büros war jedoch offenbar nichts entwendet worden. Die Einbrecher hatten sich vielmehr auf die Akten konzentriert und diese durchsucht. Der Jurist erstattete am 28. Mai 2006 Anzeige bei der Generalstaatsanwaltschaft in Quito. Bislang ist allerdings nicht bekannt, ob die Polizei Ermittlungen eingeleitet hat.

Im Jahr 2005 und auch in diesem Jahr hat amnesty international zahlreiche Einschüchterungsversuche, Morddrohungen und Angriffe gegen die oben genannten fünf Anwälte und eine Anwältin dokumentiert. Zudem liegen Berichte über einen vorherigen Einbruch in der Kanzlei von Alejandro Ponce Villacís vor. Dabei stahlen die Einbrecher drei Computer und eine Festplatte, ließen aber andere wertvolle Gegenstände und Bargeld zurück.

Am 22. Dezember 2005 wies die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Regierung Ecuadors an, die Anwälte Alejandro Ponce Villacís, Pablo Fajardo Mendoza, Ermel Chávez Parra und Luis Yanza zu schützen. Am 28. April 2006 reichten Menschenrechtsverteidiger einen Antrag bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission ein, bestehende Maßnahmen zum Schutz der betreffenden Anwälte zu verlängern und auf ihre Pressesprecherin auszuweiten.

UA-Nr: UA-176/2006  
AI-Index: AMR 28/006/2006  
Datum: 23.06.2006

**HAFT OHNE KONTAKT ZUR AUSSENWELT / MÖGLICHER GEWALTLOSER POLITISCHER  
GEFANGENER**

**Wilman Adolfo Jiménez Salazar**, Mitglied der Menschenrechtsorganisation „Comité de Derechos humanos de Orellana“

Der Menschenrechtsverteidiger Wilman Adolfo Jiménez Salazar wurde am 19. Juni 2006 während einer Demonstration in Payamino in der Provinz Orellana, an der er als Beobachter teilgenommen hatte, in Haft genommen. Nach vorliegenden Informationen verletzten Polizisten den Menschenrechtsverteidiger mit sechs Gummigeschossen, als sie die Demonstration auflösten. Derzeit befindet sich Wilman Adolfo Jiménez Salazar ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft, und amnesty international fürchtet deshalb um seine körperliche Unversehrtheit.

Am 19. Juni 2006 protestierten bäuerliche Gemeinschaften in Payamino gegen die Auswirkungen eines in ihrer Region tätigen Ölonternehmens auf die Umwelt. Polizei und Militär sollen Tränengas und Gummigeschosse eingesetzt haben, um die Demonstration aufzulösen. Wilman Adolfo Jiménez Salazar, der Mitglied der Menschenrechtsorganisation „Comité de Derechos Humanos de Orellana“ ist, und ein weiterer Mann wurden dabei verletzt.

Polizisten brachten Wilman Adolfo Jiménez Salazar ins Krankenhaus von Coca in der Provinz Orellana, um seine Verletzungen dort behandeln zu lassen. Danach nahmen sie ihn mit zur Polizeiwache des Ortes. Ein weiterer Mann, der gleichzeitig mit dem Menschenrechtler festgenommen worden war, wurde freigelassen. Noch am selben Tag wollten Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen Wilman Adolfo Jiménez Salazar auf der Polizeiwache besuchen, man händigte ihnen aber lediglich seine Kamera und einige persönliche Gegenstände von ihm aus. Als sie sich am folgenden Tag erneut zur Polizeiwache begaben, teilte man den Menschenrechtlern mit, Wilman Adolfo Jiménez Salazar befände sich nicht in ihrem Gewahrsam. Er soll auf einem Militärstützpunkt in der Provinz Pastaza verlegt worden sein.

Am 20. Juni 2006 wurde ein Haftprüfungsantrag für Wilman Adolfo Jiménez Salazar gestellt. Obwohl die Behörden dem Antrag stattgaben, durfte nach vorliegenden Informationen bislang niemand den Häftling besuchen. Am 21. Juni 2006 ordnete der Bezirksstaatsanwalt von Sucumbios eine medizinische Untersuchung für Wilman Adolfo Jiménez Salazar an. Allerdings soll bis jetzt keinem Arzt der Zugang zu dem Gefangenen gestattet worden sein. amnesty international prüft derzeit, ob es sich bei Wilman Adolfo Jiménez Salazar um einen gewaltlosen politischen Gefangenen handelt.

UA-Nr: UA-176/2006-1  
AI-Index: AMR 28/007/2006  
Datum: 30.06.2006

**HAFT OHNE KONTAKT ZUR AUSSENWELT / MÖGLICHER GEWALTLOSER POLITISCHER  
GEFANGENER**

**Weitere Informationen zu UA 176/06 (AMR 28/006/2006, 23. Juni 2006)**

**Wilman Adolfo Jiménez Salazar**, Mitglied der Menschenrechtsorganisation „Comité de Derechos humanos de Orellana“

Inzwischen vorliegenden Informationen zufolge wird der Menschenrechtsverteidiger Wilman Adolfo Jiménez Salazar seit dem 19. Juni 2006 in einer Militärbesatzung in der Provinz Pastaza festgehalten, hat aber nun Kontakt zur Außenwelt. Nach Auffassung von amnesty international hat er weder Gewalt angewandt noch befürwortet, so dass er als gewaltloser politischer Gefangener gilt, der allein aufgrund seines legitimen Engagements als Menschenrechtler in Haft gehalten wird.

Der Menschenrechtsverteidiger darf zwar Besuche von seinem Rechtsanwalt, seiner Familie und Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen empfangen, erhält aber keine Schmerzmittel oder anderweitige medizinische Behandlung seiner Verletzungen, die er während einer Demonstration erlitten hatte, als er von sechs Gummigeschossen getroffen wurde. Berichten zufolge stellte der Bezirksstaatsanwalt Gerichtsmediziner zur Untersuchung von Wilman Adolfo Jiménez Salazar ab, die Militärbehörden ließen die Ärzte aber nicht zu ihm vor. amnesty international ist deshalb in großer Sorge um seinen Gesundheitszustand.

Am 20. Juni 2006 ordnete ein Militärgericht die Einleitung eines Verfahrens vor einem Militärgericht gegen Wilman Adolfo Jiménez Salazar und dessen weiteren Verbleib in der Untersuchungshaft an. amnesty international vertritt die Auffassung, dass Prozesse vor Militärgerichten nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entsprechen und weder unabhängig noch unparteiisch sind.

Zum Zeitpunkt seiner Festnahme fotografierte Wilman Adolfo Jiménez Salazar das Vorgehen der Polizei und von Militärangehörigen, die eine Demonstration von Kleinbauern auflösten, die sich gegen die Auswirkungen auf die Umwelt eines in ihrer Region tätigen Ölunternehmens wandten. Polizisten nahmen ihm die Kamera ab, händigten sie jedoch später Menschenrechtlern aus, die ihn besuchen wollten. Die Fotos waren allerdings gelöscht worden.

Am 28. Juni 2006 fanden in der Provinz Orellana Demonstrationen statt, in denen die sofortige Freilassung von Wilman Adolfo Jiménez Salazar und die Beendigung des im März 2006 verhängten Ausnahmezustands gefordert wurden, der die Einschränkung der Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Bewegungsfreiheit in den Provinzen Orellana, Napo und Sucumbios zur Folge hat. Die Demonstranten äußerte zudem ihre Sorge über die Auswirkungen der Ölbohrungen auf die Umwelt in ihrer Region. Nach vorliegenden Informationen ging die Polizei mit exzessiver Gewalt gegen die Teilnehmer der Protestkundgebung vor, und mindestens zwei Demonstranten wurden verletzt.



**UA-Nr: UA-176/2006-2**  
**AI-Index: AMR 28/008/2006**  
**Datum: 13.07.2006**

**HAFT OHNE KONTAKT ZUR AUSSENWELT / MÖGLICHER GEWALTLOSER POLITISCHER  
GEFANGENER**

**Weitere Informationen zu UA 176/06 (AMR 28/006/2006, 23. Juni 2006, und AMR  
28/007/2006,  
30. Juni 2006)**

**Wilman Adolfo Jiménez Salazar**, Mitglied der Menschenrechtsorganisation  
„Comité de Derechos humanos de Orellana“

Der Menschenrechtsverteidiger Wilman Adolfo Jiménez Salazar wurde am 6. Juli 2006 gegen Kaution aus der Haft in einer Militärkaserne in der Provinz Pastaza entlassen. amnesty international befürchtet jedoch, dass ein Verfahren vor einem Militärgericht gegen ihn eingeleitet werden könnte, welches nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entspricht.

Wilman Adolfo Jiménez Salazar war am 19. Juni 2006 festgenommen worden, als er Polizisten und Militärangehörige fotografiert hatte, die eine Demonstration auflösten. Die Demonstration war von bäuerliche Gemeinschaften organisiert worden, die gegen die ökologischen Auswirkungen eines in Payamino in der Provinz Orellana tätigen Ölunternehmens protestierten. Die Polizei und Militärangehörige gingen mit Tränengas und Gummigeschossen gegen die Demonstranten vor und verletzten dabei Wilman Adolfo Jiménez Salazar und einen weiteren Mann.

Berichten zufolge wirft die Ölgesellschaft Wilman Adolfo Jiménez Salazar „Terrorismus“- und „Sabotage“-Delikte vor, und die Militärjustizbehörden sollen Ermittlungen gegen den Menschenrechtler eingeleitet haben. Auf diese Weise soll er offenbar dazu gedrängt werden, seine legitimen Aktivitäten als Menschenrechtsverteidiger einzustellen.

Sollten die Militärbehörden Anklage gegen Wilman Adolfo Jiménez Salazar erheben, wird man ihn vor ein Militärgericht stellen. amnesty international vertritt die Auffassung, dass Prozesse vor Militärgerichten weder unabhängig noch unparteiisch sind und dem Menschenrechtler somit sein Recht auf ein internationalen Standards entsprechendes faires Gerichtsverfahren verweigert wird.

Im März 2006 wurde über die Provinzen Orellana, Napo und Sucumbios der Ausnahmezustand verhängt, nachdem es zu Massenprotesten gegen die Auswirkungen der Ölbohrungen auf die Umwelt in der Region gekommen war. Der Ausnahmezustand hat Einschränkungen der Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Bewegungsfreiheit zur Folge. Zudem sind die Sicherheitskräfte nun befugt, ohne rechtliche Grundlage Häuser zu durchsuchen und Personen festzunehmen.

**UA-Nr: UA-134/2006-2**  
**AI-Index: AMR 28/009/2006**  
**Datum: 03.11.2006**

## **SORGE UM SICHERHEIT**

**Weitere Informationen zu UA 134/06 (AMR 28/004/2006, 16. Mai 2006, und AMR 28/005/2006, 8. Juni 2006)**

Frau Guadalupe de Heredia (Pressesprecherin) und ihre Familie

### Juristenteam:

Dr. Alejandro Ponce Villacís  
Dr. Pablo Fajardo Mendoza  
Ermel Chávez Parra  
Frau Cármen Allauca  
Luis Yanza  
Julio Marcelo Prieto Méndez

Am Abend des 23. Oktober 2006 versuchten Unbekannte in das Haus von Guadalupe de Heredia einzubrechen, flohen aber, als ein Wachmann aus einem Nebengebäude Warnschüsse abfeuerte. Nach vorliegenden Informationen ist die Regierung Ecuadors der Forderung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vom Dezember 2005 nicht nachgekommen, die Rechtsanwälte Alejandro Ponce Villacís, Pablo Fajardo Mendoza, Ermel Chávez Parra und Luis Yanza zu schützen. amnesty international befürchtet deshalb, dass alle oben genannten Personen in großer Gefahr sind.

Guadalupe de Heredia hat den versuchten Einbruch nicht bemerkt, obwohl sie zu der Zeit zu Hause war und schlief. Am folgenden Morgen soll ein Wachmann ihr berichtet haben, vier Männer und eine Frau in einem offenen Lieferwagen vor ihrem Haus gesehen zu haben. Die fünf Personen hätten dann mit Hilfe einer Leiter versucht, über die Mauer zu klettern. Der Angehörige des Wachpersonals habe sie daraufhin gefragt, was sie dort zu suchen hätten, worauf die Einbrecher erklärt haben sollen, es handele sich um ihr eigenes Haus. Der Wachmann schoss daraufhin mehrfach in die Luft, um die Einbrecher zu vertreiben. Diese schossen dann auf ihn und flohen. Guadalupe de Heredia wollte später noch einmal Kontakt mit dem Wachmann aufnehmen, aber auch mit Hilfe der Nachbarn konnte er nicht ausfindig gemacht werden.

Am 25. Oktober 2006 meldete Guadalupe de Heredia den Einbruchversuch bei der Bezirksstaatsanwaltschaft von Pichincha. Nach Kenntnis von amnesty international haben die von der Regierung angeordneten Untersuchungen zu vorherigen Überfällen und Einschüchterungsversuchen bislang keine Fortschritte erzielt.

Guadalupe de Heredia ist die Pressesprecherin einer Rechtsanwaltsgruppe, welche indigene Gemeinschaften in einem Rechtsstreit mit dem transnationalen Ölkonzern „ChevronTexaco“ vertritt. Dabei geht es um die Umweltverschmutzung, welche auf die jahrzehntelangen Ölbohrungen in der Region Sucumbios zurückzuführen ist. amnesty international befürchtet, dass der Einbruch ein Einschüchterungsversuch ist, um Guadalupe de Heredia zur Einstellung ihrer Arbeit zu bewegen.

Am 23. Oktober 2006 war die Pressesprecherin von einer Konferenz internationaler Nichtregierungsorganisationen (Foro Internacional de Petroleo, Derechos Humanos y Remediación Integral) zurückgekehrt, welche sich mit der

Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverstößen beschäftigen, die mit der Erdölförderung in Verbindung gebracht werden. In den Wochen im Vorfeld der Konferenz, die in Coca in der Provinz Orellana stattfand, hatte Guadalupe de Heredia mehrere Interviews über die Konferenz und Menschenrechtsverletzungen gegeben, die von „ChevronTexaco“ in Ecuador begangen worden sein sollen.

Am 22. Dezember 2005 hatte die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Regierung Ecuadors angewiesen, die Anwälte Alejandro Ponce Villacís, Pablo Fajardo Mendoza, Ermel Chávez Parra und Luis Yanza zu schützen. Am 28. April 2006 reichten Menschenrechtsverteidiger einen Antrag bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission ein, bestehende Maßnahmen zum Schutz der betreffenden Anwälte zu verlängern und auf Julio Marcelo Prieto Méndez und die Pressesprecherin des Juristentams auszuweiten. Nach Kenntnis von amnesty international genießen jedoch weder die Juristen noch ihre Pressesprecherin bislang Polizeischutz.

